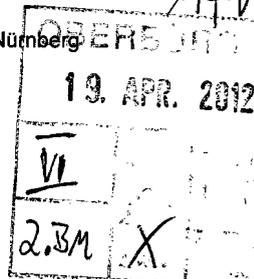


CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg



Fax vgsad ✓

Wolff'scher Bau des Rathauses
Zimmer 58
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 231 - 2907
Telefax: 09 11 / 231 - 4051
E-Mail: csu@stadt.nuernberg.de
www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de

er / 10. April 2012
Gsell

Radweg Oelser Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die CSU-Stadtratsfraktion stelle ich zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden

Antrag:

Die Verwaltung begründet die überörtliche Notwendigkeit der Radwegeverbindung entlang der Oelser Straße von der Breslauer Straße bis zur Bregenzer Straße und stellt beim staatlichen Straßenbauamt den Antrag auf Aufnahme der Verbindung in den Radwegeplan des Staates

Begründung:

Als der Freistaat die Radwegverbindung von Feucht kommend nach Nürnberg-Moorenbrunn baute, war damals die Haltung der Stadt Nürnberg, Fahrradbeauftragter, dass der Weiterbau entlang der Oelser Straße nicht für die überörtlichen Anschlüsse nötig sei. Die damalige Stellungnahme verwies auf die Möglichkeit durch die Wohngebiete Moorenbrunn zur Gleiwitzer Straße bzw. durch Altenfurt zur Regensburger Straße zu kommen. Der Freistaat hat daher dieses Teilstück nicht in seinen Ausbauplan aufgenommen, da er nur Radwege von überregionaler Bedeutung baue (z.B. Radweg zum Fränkischen Seenland ab Nürnberg Zollhaus).

Der für die Sicherheit der Sportler und die Zufahrt zum Klinikum bedeutende Teil des Radweges an der Oelser Straße ist daher bis heute nicht in Sicht. Auf entsprechende Anfragen aus der Bevölkerung verwies der Leiter von Vpl bei einer Veranstaltung des Bürgervereins Südost auf die Straßenbaulast des Staates. Die Stadt sei hier nicht gefordert.

Dieses "schwarze-Peter-Spiel" hilft den Bürgern nichts. Um den Staat in die Pflicht zu nehmen muss Vpl erst seine frühere Haltung zurücknehmen und schlüssig die Überregionalität des jetzt separat zu beurteilenden Teilstückes begründen. Wenn dies fachlich gelingt, sollte ein entsprechender Antrag beim Staat gestellt werden. Sollte die fachliche Einschätzung bei Vpl sich nicht geändert haben, muss die Lösung weiter in der städtischen Priorisieren gesucht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Brehm
Fraktionsvorsitzender